

Maximen für eine **zukunftsorientierte** Energiepolitik im 21. Jahrhundert



Beschluss des Bundesvorstands am 4. Dezember, dem der Entwurf des Bundesfachausschusses Umwelt- und Energiepolitik zugrunde lag

Dem Leben eine Perspektive geben

Energie bedeutet Leben

Die Verfügbarkeit von Energie ist eine existenzielle Frage der Menschheit und gehört neben der Verfügbarkeit von Wasser und Nahrung zu den Grundfragen einer ständig wachsenden Weltbevölkerung.

Die Bereitstellung von Energie in nutzbarer Form entscheidet über die Perspektiven, die menschliches Leben haben kann. Energie ist Voraussetzung für Leben; zugleich sind mit der Gewinnung, Wandlung und Nutzung von Energie erhebliche Risiken verbunden. Die globalen Klimafragen, die grenzüberschreitenden Risiken einer Nutzung der Kernenergie, die ungleiche Verteilung natürlicher Energiereserven machen deutlich, dass wir Energiepolitik nicht isoliert als nationale Herausforderung begreifen dürfen, sondern sie an der europäischen und globalen Dimension orientieren müssen.

Die Lösung der Energieprobleme ist ein wichtiger Beitrag zur internationalen Friedenspolitik

Energiepolitik ist von daher nicht nur eine Frage des Einsatzes von Technik, mit der wir über die Art der Nutzenergie, Effizienz oder Emissionen von Schadstoffen entscheiden, sondern sie ist auch auf dem Hintergrund der globalen Verantwortung und der wachsenden Importabhängigkeit eine außen- und entwicklungspolitische Frage. Die Lösung globaler und europäischer Probleme sowie der gerechte Zugang aller zu ausreichender Energie ist wichtiges Element einer globalen Friedens- und Sicherheitspolitik. Hierzu muss Deutschland als Industrienation im Sinne der Mitverantwortung einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Befriedigung unserer eigenen Bedürfnisse muss sich an dieser Verantwortung orientieren.

Grenzüberschreitende verantwortliche Energiepolitik muss Lösungen dafür bereit halten, insbesondere auch für die Menschen außerhalb der wohlhabenden Industrienationen. Diese Verantwortung verpflichtet uns, auf die wachsenden Bedürfnisse der Menschen Rücksicht zu nehmen, die nicht in wohlhabenden Industrienationen leben und die schon heute den weit überwiegenden Teil der Menschheit ausmachen. Sie haben ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben wie wir, und das ist anerkanntermaßen mit einer ausreichenden Versorgung an preiswerter Energie untrennbar verbunden.

Da dieser Teil der Weltbevölkerung steile Wachstumsraten aufweist, sind die Industrienationen moralisch und ethisch in der Pflicht, nicht nur sparsam mit der Nutzung der Energievorräte um-

zugehen, sondern auch neue Technologien zu entwickeln und zu nutzen, um im Sinne der Bewahrung der Schöpfung die Risiken eines weltweit ständig steigenden Energiebedarfs so gering wie möglich zu halten.

Unsere moralische und ethische Verantwortung gebietet es, alle Anstrengungen darauf zu richten, Leben durch Verfügbarkeit von Energie zu erhalten und zugleich die Risiken der Energieanwendung zu minimieren. Das gilt für die Verwendung der fossilen Energieträger genauso wie für die Kernenergie; es gilt aber auch für alle zukünftigen Systeme und Technologien, da keine Energiegewinnung, -wandlung oder -nutzung ohne langfristige Risiken ist. Untätigkeit wäre hingegen das größere Risiko. Insofern ergeben sich die zentralen Fragen der Energiepolitik nicht nur aus den Risiken der Technologien, sondern gehen weit darüber hinaus.

Wir wollen mit unserem Programm einen Beitrag für eine an den Herausforderungen orientierte rationale Debatte leisten. Wir tragen aber auch die Verantwortung für die Ängste und Sorgen der Menschen, die aus den Risiken der Energiegewinnung, -wandlung und -nutzung resultieren können. Deshalb müssen wir diese existenziellen Fragen und Emotionen in der Diskussion berücksichtigen und mit einbeziehen.

Energiepolitik ist eine sich immer wieder neu stellende Herausforderung unserer Gesellschaft. Meistern kann diese Herausforderung jedoch nur, wer eine klare Erkenntnis der Realität mit der Vorstellung von zukunftsfähigen Visionen verbindet. Dazu gehört z.B. die Vorstellung von einer Solarwirtschaft, die langfristig die Vorherrschaft der fossilen Energien ersetzt. Die Visionen von heute sollen die Realität von morgen sein.

Die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energieversorgung im globalen und liberalisierten Markt zu gestalten, gehört zu den großen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Eine ausreichende Energieversorgung ist die entscheidende Grundlage für wirtschaftliches Handeln und eine prosperierende gesellschaftliche Entwicklung und folglich von zentraler volkswirtschaftlicher, gesellschaftlicher und damit politischer Bedeutung.

Um die Herausforderung zu bewältigen und in Chancen für die deutsche Volkswirtschaft umzusetzen, geht die CDU im Hinblick auf ein energiepolitisches Handeln von folgendem Grundverständnis aus: die Grundanforderungen Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit und Umweltverträglichkeit bleiben unverändert gültig. Energiepolitisches Handeln entlang dieser energiepolitischen Ziele ist eingebettet in das Zusammenwirken der Maximen von Nachhaltigkeit, Globalisierung, Zukunftsoffenheit und Marktwirtschaft.

Moral und Ethik bestimmen die Aufgaben und Grenzen der Energiepolitik

Eine rationale Debatte, die aber auch die Ängste und Sorgen der Menschen berücksichtigt, ist unverzichtbar

Internationale Rahmenbedingungen müssen auf das Gebot der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden

Sicherheit, Effizienz und Umweltverträglichkeit sind die Grundanforderungen, an denen sich Energiepolitik ausrichten muss

**Die CDU
bekennt sich zur
ökologischen
und sozialen
Marktwirtschaft
als Grundlage der
Nachhaltigkeit**

**Die veränderten
Rahmenbedingun-
gen machen aus
Abnehmern Kunden**

Auch in der Energiepolitik bleibt die ökologische und soziale Marktwirtschaft der Boden, auf dem wir Zukunft gestalten und wo die Kräfte des Marktes als Motor der Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung genutzt werden können. Die CDU bekennt sich zum Markt, aber auch zur Notwendigkeit, diesem Markt einen Rahmen vorgeben zu müssen. Diese bewusste Begrenzung politischer Einflussnahme bleibt ein Pfeiler des Grundverständnisses der CDU. Es ist eine ständige Herausforderung, immer wieder neu in das Spannungsfeld zwischen Freiraum und Regulierung einzutreten. Zukunftsoffenheit ist dabei nicht nur eine Frage der Optionen, sondern auch eine Frage nach der Schnittstelle zwischen Markt und politischer Gestaltung.

Die CDU hat mit dem von ihr gestalteten Energiewirtschaftsrecht die Weichen für eine effiziente zukunftsfähige Energiepolitik gestellt.

Als Folge dieses veränderten energierechtlichen und energiepolitischen Umfelds für das Energieangebot hat sich auf der Nachfrageseite ein Wandel der Bedürfnisse eingestellt. Energienutzer bzw. Kunden sind nicht an einem bestimmten Energieträger interessiert, sondern fragen die daraus gewinnbare Nutzenergie bzw. Energiedienstleistung nach. Energiekunden wünschen sich Wärme, Licht, Mobilität und Kommunikation. Diese Energiedienstleistungen sollen sicher, preisgünstig, umweltverträglich für Haushalte, Kleinverbraucher und Industrie bereitgestellt werden.

Diese gewandelte Sichtweise hat auch für die Energiepolitik entscheidende Konsequenzen. Eine Aufgabe der Energiepolitik besteht darin, die wachsende Markt- bzw. Kundennähe in der Bereitstellung und Nutzung von Energie vor allem durch weitere Deregulierung und Abbau von Wettbewerbsverzerrungen – im EU-Kontext – zu unterstützen.

Maximen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik im 21. Jahrhundert

Die CDU Deutschlands wird ihre Energiepolitik an nachfolgenden Maximen ausrichten:

- **nachhaltig**, weil wir nicht nur Verantwortung für das Hier und Heute, sondern auch für die Lebensumstände unserer Kinder und Enkelkinder tragen,
- **global und europäisch verantwortlich**, weil Energiepolitik aufgrund der globalen Zusammenhänge nicht mehr nur im nationalen Rahmen gesehen werden kann, Deutschland einen Beitrag zur Lösung der globalen und europäischen Probleme leisten und gleichzeitig seine Wettbewerbsfähigkeit als Energieproduktionsstandort sichern und verbessern muss,

- **marktwirtschaftlich**, weil wir wissen, dass dies zu den effizientesten Ergebnissen und zu vergleichsweise niedrigsten gesamtwirtschaftlichen Kosten führt und damit die Wahrnehmung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Verantwortung überhaupt erst ermöglicht.
- **zukunfts offen**, weil Bedürfnisse und Risiken bei der Energiegewinnung, -wandlung und -nutzung es nicht gestatten, Technologieoptionen aufzugeben oder gar zu verbieten.

Die Energiewirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Der *weltweite Energieverbrauch* wird internationalen Prognosen (WEC, IEA, EIA) zufolge bis 2020 um über 50 % gegenüber 1990 zunehmen und könnte sich bis 2050 sogar verdoppeln. Maßgebliche Faktoren hierfür sind das Wachstum der Weltbevölkerung von derzeit 6 Mrd. Menschen auf etwa 10 Mrd. in 2050 sowie ein erheblicher wirtschaftlicher Aufholbedarf in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Diese werden bereits 2020 rund die Hälfte des globalen Energiebedarfs für ein menschenwürdiges Leben benötigen.

Um diese große Energienachfrage decken zu können, werden die fossilen Energieträger und die Kernenergie bis zur Mitte dieses Jahrhunderts die wesentliche Grundlage der globalen Energieversorgung bleiben. Da die erneuerbaren Energien internationalen Prognosen zufolge trotz relativ steigender, aber absolut noch geringer Beiträge nicht in der Lage sein werden, die globalen Verbrauchszuwächse abdecken zu können, wird die Bedeutung der herkömmlichen Energieträger bis 2050 sogar noch weiter steigen. Im Interesse des Klimaschutzes ist es jedoch langfristig ein wesentliches Ziel, die fossilen Energieträger durch CO₂-ärmere Energieträger zu ersetzen. Dabei sollten die Industrienationen mit gutem Beispiel vorangehen, da diese sowohl technisch als auch finanziell über die Voraussetzungen für den Einsatz CO₂-ärmerer Energieträger verfügen.

Neben der Aufgabe, allen Menschen auf der Erde Zugang zu einer ausreichenden, wirtschaftlichen und sicheren Energieversorgung zu verschaffen, besteht die zentrale Herausforderung der internationalen Energiepolitik darin, den globalen Energieverbrauch vorsorgend klimaverträglich zu gestalten. Hier stehen die Erreichung der *Klimaschutzziele* des Kyoto-Protokolls und deren Weiterentwicklung unter Einbeziehung möglichst aller Nationen im Mittelpunkt. Die Gestaltung der Energieversorgung wird so zu einem Schlüsselement für eine wirtschaftliche, soziale und ökologische internationale Entwicklung, die dem Grundsatz der Nachhaltigkeit entspricht.

**Der weltweite
Energieverbrauch
steigt zunehmend**

**Kernenergie und
fossile Energie-
träger sind kurz-
bis mittelfristig
für die globale
Energieversorgung
unverzichtbar**

**Der globale und
europäische
Energieverbrauch
muss klimaver-
träglich gestaltet
werden**

Stabile Rahmenbedingungen sind unabdingbar für die Sicherheit der Energieversorgung

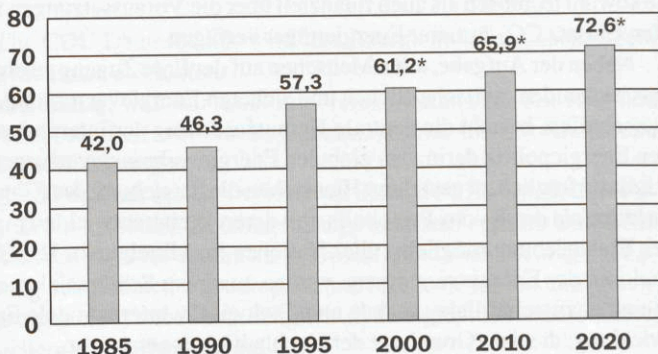
In unterschiedlichen Ausprägungen sind mittel- und längerfristig Engpässe bei der Verfügbarkeit von Öl und Gas sowie Uran und Kohle zu erwarten. Deutliche Preisschwankungen sind jedoch bereits kurz- bis mittelfristig nicht auszuschließen. Auch können Risiken für die *Sicherheit der Energieversorgung* aufgrund der starken regionalen Konzentration der Ressourcen, insbesondere bei Öl und Gas, entstehen. Während die Kohle- und Uranvorkommen relativ ausgeglichen über die Erde verteilt sind, entfallen langfristig die Ölressourcen zum größten Teil auf den Nahen Osten und die Gasressourcen auf die Nachfolgestaaten der UdSSR. Damit sind diese Regionen von erheblicher geostrategischer Bedeutung. Die Erschließung der in diesen Regionen liegenden Energieressourcen und ihre Bereitstellung für die großen Verbrauchsregionen stellt eine immense Investitions- und Finanzierungsaufgabe dar, die seitens der Politik durch die Gewährleistung stabiler Rahmenbedingungen flankiert werden muss.

Internationale Zusammenarbeit, heimische Energiegewinnung und Energieeinsparung können die Importabhängigkeit verringern

Die *Energieimportabhängigkeit* wird in Deutschland und der Europäischen Union weiter steigen. Prognosen zufolge werden in 2020 in Deutschland drei Viertel und in der EU mehr als 60 Prozent des Energieverbrauchs eingeführt werden. Vor diesem Hintergrund gilt es, neben der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit mit den Energieexportländern die Möglichkeiten zur wettbewerbsfähigen heimischen Energiegewinnung, aber ebenso zur Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung zu nutzen. Die EU-Beitrittskandidaten sind zügig auf den Energiebinnenmarkt und seine Anforderungen an eine effiziente Energiebereitstellung und -nutzung vorzubereiten.

Die Energieimportabhängigkeit Deutschlands steigt auch in Zukunft weiter an

(in Prozent; * = Prognose: Europäische Kommission 1999)



Die **Globalisierung der Märkte** und der internationale Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze nehmen auch im Energiesektor vehement zu. Die Energiemärkte werden weltweit für Markt und Wettbewerb geöffnet. In der Europäischen Union wurden mit den Binnenmarkttrichtlinien Strom und Gas die Zeichen auf Liberalisierung und Wettbewerb gesetzt. Die nationalen Strom- und Gasmärkte wachsen zunehmend zu einem einheitlichen europäischen Energiemarkt zusammen. In diesem europäischen Wettbewerbsmarkt für Energie werden die Möglichkeiten nationalstaatlichen Handelns zunehmend begrenzter, zumal immer mehr nationale energiepolitische Kompetenzen auf internationale Ebenen verlagert werden.

Die **Verwirklichung des Binnenmarktes** vollzieht sich jedoch in den Mitgliedsstaaten der EU mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Deutschland hat sich mit der vollständigen Öffnung der Energiemärkte an die Spitze des Liberalisierungsprozesses gesetzt. Dies führt bereits zu Nachteilen für deutsche Energieunternehmen im Vergleich zur europäischen Konkurrenz. Bedenklich erscheint insbesondere, dass sich ausländische Staatsmonopole in deutschen Energiemärkten einkaufen können, während deutsche Unternehmen entsprechendes in den staatsmonopolistischen Energiewirtschaften versagt bleibt. Im Interesse des Wirtschafts- und Energiestandortes Deutschlands ist daher Chancengleichheit in der EU eine zentrale Forderung.

Die Liberalisierung der Energiemärkte entlastet den Geldbeutel der Verbraucher und den Mittelstand, stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland, erhöht die Exportchancen deutscher Un-

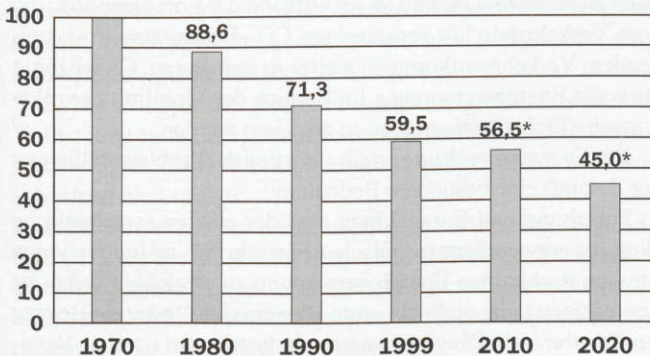
Die weltweite Öffnung der Energiemärkte verringert den nationalen Entscheidungsspielraum

Die Verwirklichung des EU-Binnenmarktes muss zügig vorangetrieben werden

Die Energieintensität in Deutschland nimmt stetig ab

(Primärenergieverbrauch/Bruttoinlandsprodukt; indexiert 1970=100)

*=Prognose Prognos/ewi 1999)



Der mit der Liberalisierung einhergehende Strukturwandel führt zu Kostensenkungen und Abbau von Überkapazitäten

Bei der Wärmeerzeugung wird sich der spezifische Energieeinsatz weiter reduzieren

Auch im Bereich der Mobilität sind erhebliche Einsparpotentiale vorhanden

Energieforschung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Energieversorgung

ternehmen, und eröffnet den Unternehmen der Energiewirtschaft vielfältige neue Handlungsmöglichkeiten im Markt.

Mit der Liberalisierung geht ein **Strukturwandel** einher. Kosten werden gesenkt und Überkapazitäten, insbesondere bei der Stromerzeugung, abgebaut. Investitionen werden darauf überprüft, ob sie wettbewerbsnotwendig sind. Dieser Prozess wird einige Jahre in Anspruch nehmen. Die Politik muss dies als Chance begreifen, denn in 2010 werden neue Technologien mit höheren Wirkungsgraden, weniger Schadstoffemissionen und gegebenenfalls niedrigeren Kosten zur Verfügung stehen. Eine Politik, die sich bereits heute auf bestimmte einzelne Technologien festlegt und nur diese fördert (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung), legt dagegen die Strukturen ohne Not für mehrere Jahrzehnte auf den heutigen Stand der Technik fest und verstärkt darüber hinaus das Problem der Überkapazitäten.

Etwa die Hälfte des deutschen Primärenergieverbrauches entfällt heute auf **Wärmeerzeugungsprozesse**. Als Energieträger werden Erdgas, Heizöl und Kohleprodukte und z. T. Strom eingesetzt. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich der spezifische Energieeinsatz bei der Wärmeerzeugung signifikant reduziert. Im Haushaltsbereich ist z. B. der Wärmeenergieverbrauch seit 1990 um 1/4 auf nunmehr 190 kWh/m²/a (Durchschnittswert Neubau und Altbau) zurückgegangen. Dieser Trend setzt sich fort. Zugleich ist jedoch festzuhalten, dass spezifische Verbrauchsreduzierungen u. a. durch gestiegene Wohnansprüche und steigende Wohnflächen teilweise kompensiert werden.

Im Bereich der **Mobilität** müssen Energie- und Verkehrspolitik stärker miteinander verzahnt werden. So liegt die Hauptlast der Transportleistungen von Personen (90%) und Gütern (70%) beim Straßenverkehr. Bis 2010 ist allen Verkehrsprognosen zu Folge insbesondere im Güterverkehr mit erheblichen Zuwachsraten zu rechnen. Deshalb ist es Aufgabe der Energiepolitik, die vom Verkehrsbereich verursachten CO₂-Emissionen trotz steigendem Verkehrsaufkommen weiter zu reduzieren. Gleichzeitig muss die Energieversorgung im Bereich der Mobilität zu volkswirtschaftlich günstigen Kosten gesichert werden.

Die **Energieforschung** erhält aufgrund der Problemstellungen der Zukunft eine besondere Bedeutung:

Forschung und Entwicklung sind der einzige systematische Weg, die notwendigen technischen Fortschritte und Innovationen für eine nachhaltige Energieversorgung zu erreichen. Dabei ist Energieforschung mehr als „gute Wissenschaft“ oder ein Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie; sie ist eine Versi-

cherungsprämie gegen die ökologischen und ökonomischen Risiken der Zukunft unserer und der kommenden Generationen.

25 Punkte für eine zukunftsorientierte Energiepolitik im 21. Jahrhundert

1. Die zukünftige Gestaltung der Energiepolitik muss sich am Nachhaltigkeitsprinzip ausrichten. Dazu ist es erforderlich, Grundsätze zur Definition der Nachhaltigkeit zu fixieren. Die CDU versteht darunter – wie auch im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestages festgehalten –, die Bedürfnisse einer wachsenden Zahl von Menschen heute und in Zukunft befriedigen zu können und gleichzeitig eine auf Dauer für alle unter menschenwürdigen, sicheren Verhältnissen bewohnbare Erde zu erhalten. Darin sind vielfältige ökonomische, ökologische, demographische, soziale und kulturelle Problemdimensionen enthalten, die ein globales, regionales, lokales und zugleich in die Zukunft gerichtetes Handeln erfordern. Es geht darum, die Schöpfung zu bewahren.

2. Der Handlungsrahmen für nationale Energiepolitik wird durch den verstärkten Ausbau international bindender Regelwerke und die zunehmenden Aktivitäten der Europäischen Union neu abgesteckt. Es ist dringend notwendig, auf die dort stattfindenden Entscheidungsprozesse verstärkt Einfluss zu nehmen und mit Blick auf den Energiestandort Deutschland mitzugestalten. Vordringliche Aufgaben sind

- eine stärkere Durchsetzung deutscher Interessen bei den Verhandlungen zur WTO und Energiecharta,
- ein entschiedenes Votum Deutschlands für Deregulierung und Subsidiarität in den Entscheidungsgremien der Europäischen Union,
- eine stärkere Flankierung der Vorbereitungen der Beitrittskandidaten zur Angleichung der heimischen energiepolitischen Rahmenbedingungen an die EU-Vorgaben.

3. Der Ausbau des internationalen Energiehandels und die Vollendung eines Energiebinnenmarktes kann nur dann gelingen, wenn vergleichbare Wettbewerbsbedingungen herrschen. Entscheidend bleibt daher:

- innerhalb der EU rasch eine nach Zeit und Umfang vergleichbare Öffnung der Märkte für Strom und Gas sicherzustellen,
- nationales und europäisches Kartellrecht auf einem hohen Niveau anzugleichen; dies ist angesichts der fortschreitenden Liberalisierung der Energiemärkte erforderlich,

Energiepolitik muss sich am Nachhaltigkeitsprinzip orientieren

Deutschland muss die europäische Rahmensetzung entscheidend mit beeinflussen

Die Schaffung einheitlicher Wettbewerbs-Bedingungen ist zur Sicherung des Standorts Deutschland dringend erforderlich

Europäische Rahmenbedingungen müssen geschaffen und innerhalb der EU-Staaten umgesetzt werden

Eine sichere Energieversorgung ist für den Energiestandort Deutschland von größter Bedeutung

Subventionsregelungen müssen EU-einheitlich geregelt werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden

- faire und nichtdiskriminierende Regeln für den grenzüberschreitenden Energiehandel festzulegen,
- sicherzustellen, dass deutsche Energieunternehmen gegenüber ausländischen Staatskonzernen nicht benachteiligt werden,
- Regulierungstendenzen aus Brüssel und anderen EU-Staaten entschieden zurückzuweisen und am System des verhandelten Netzzugangs ohne Abstriche festzuhalten, wenn er zu effizientem Wettbewerb für alle Kunden und zu funktionsfähigem Börsenhandel führt.

4. Außerdem liegt eine prioritäre Aufgabe darin, eine Angleichung sämtlicher für die Energieunternehmen relevanten Rahmenbedingungen zu forcieren. Dies gilt vor allem für:

- eine EU-weite Harmonisierung der Energiesteuern in einem eng definierten Korridor,
- die Vereinheitlichung der Umwelt- und Sicherheitsstandards auf einem hohen Niveau und die Sicherstellung, dass EU-einheitliche Standards überall eingehalten werden (Monitoring),
- die Schaffung einheitlicher Modalitäten zur Förderung von erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen,
- die Förderung europaweit abgestimmter, anreizorientierter Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung.

5. Die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung ist auch in einem globalisierten und liberalisierten Energiemarkt für eine hochmoderne Industrienation wie Deutschland von höchster Bedeutung. Wichtige Aufgaben sind deshalb:

- Pflege und Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Energieexportländern,
- die Nutzung wettbewerbsfähiger heimischer Energiere Ressourcen,
- das Ausschöpfen wirtschaftlicher Potenziale zur Energieeinsparung und rationellen Energienutzung,
- eine gemeinsame Offensive zum Ausbau regenerativer Energien durch Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Darüber hinaus ist entscheidend, dass Energieunternehmen auch unter den Bedingungen des Wettbewerbs in der Lage und auch bestrebt sind, Investitionen in den Ausbau und die Pflege der Infrastruktur zu tätigen.

6. Zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen im liberalisierten Energiemarkt und zur Förderung der Transparenz staatlicher Mittelverwendung ist es notwendig, Subventionszahlungen und sonstige direkten und indirekten Förderungen im Energiebereich genau zu erfassen, einheitlich auszuweisen und dann kritisch auf ihre Effizienz zu bewerten. Alle direkten und indirekten Subventionen sind in einem Topf zusammenzufassen, mit einer degres-

siven Deckelung zu versehen und aus dem allgemeinen Staatshaushalt zu finanzieren.

Anstelle einer nationalen Subventionierung einzelner Energieträger brauchen wir mittelfristig eine europäische Gesamtstrategie zur Energieversorgung. Energieversorgungssicherheit und Importabhängigkeit können in Europa der Zukunft nicht mehr national definiert werden.

- Dabei muss erstens strategisch festgelegt werden, in welchem Maße sich Europa zukünftig Importabhängigkeiten leisten kann und leisten will.

- In einem zweiten Schritt ist zu bestimmen, welche Energieträger (Kohle, Kernenergie, Erneuerbare Energie etc.) das gewünschte Maß an starker Energieversorgung gewährleisten sollen.

- Um Spielräume für die nationale Energieversorgung zu erhalten, sollten die Länder in Europa für 15 % der Stromversorgung eigene Finanzierungs- bzw. Subventionsmaßnahmen ergreifen können.

- Darüber hinaus gehende Anteile an importunabhängiger Energieversorgung, die aus europäischer Sicht notwendig sind, sollten aus EU-Fördertöpfen finanziert werden. Hierbei ist die jeweils kostengünstigste Energiebereitstellung entscheidendes Kriterium für die Auswahl der jeweiligen Förderstandorte und Fördermengen.

7. Entscheidendes Moment für eine zukunftsfähige Energiepolitik ist die Stärkung der Innovationsfähigkeit des Energiestandortes (F & E; Exportchancen). Notwendig ist eine vorurteilsfreie Chancen-Risiken-Bewertung sämtlicher zur Verfügung stehender Technologien. Der Bericht des Wissenschaftsrates vom Januar 1999 zur Energieforschung in Deutschland hat dafür eine gute Basis geschaffen. Energieforschung muss daher gebündelt und zukunftsfähig ausgerichtet werden und alle Energieoptionen öffnen:

- die Forschung ist frei, d. h. es darf keine Option ausgeklammert werden, Dies gilt sowohl für die weiterführende Forschung im Bereich der Brennstoffzellentechnologie, der Solartechnik als auch für die Entwicklung der Hochsicherheitsreaktoren,

- staatliche Grundlagenforschung und unternehmerische Praxisentwicklung sind eng miteinander zu verzahnen,

- Aufstockung der staatlichen Mittel für die Energieforschung in Deutschland (Grundlagen und Anwendung), die für den Erhalt der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erforderlich ist,

- stärkere Erfolgskontrolle und Wettbewerb um Forschungsmittel,

- unmittelbare Einbindung der Praxis in die Ausbildung von Energietechnikern, Energieökonomern und Energierechtlern,

Die Innovationsfähigkeit des Energiestandortes ist entscheidend für eine zukunftsfähige Energiepolitik

Unser Energiemix muss ausgewogen und am Wettbewerb orientiert bleiben

Es müssen vermehrte Anstrengungen zur Erreichung der europäischen und internationalen Klimaschutzziele unternommen werden

■ Berücksichtigung eines optimierten Einsatzes von Energie, Rohstoffen und Kapital.

8. Wie kaum eine andere Nation verfügt Deutschland über einen nach Energieträgern und Lieferanten ausgewogenen Energiemix, der grundsätzlich dem Wettbewerb unterliegt und sich im Markt wandelt. Die Herausforderungen der Zukunft an eine nachhaltige Energieversorgung können wir nur dann meistern, wenn wir an diesem Grundsatz eines weit diversifizierten, sich im Wettbewerb behauptenden Energiemix festhalten. Dazu gilt es, die nationale Energiepolitik für sämtliche Energieträger und Technologieoptionen zukunftsorientiert und marktwirtschaftlich zu gestalten:

■ Der Wettbewerb auf den Energiemärkten darf nicht durch Regulierung, Segmentierung und Subventionierung zurückgedreht werden. Vielmehr hat der Staat die Aufgabe, den Wettbewerb in den Energiemärkten zu sichern und langfristig verlässliche, wettbewerbskonforme Rahmenbedingungen für sämtliche Energieträger zu setzen.

■ Energiesteuern und Abgaben dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen einzelnen Energieträgern führen.

9. Im Interesse des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung müssen die einzelnen Komponenten des Energieträgermix weiter optimiert, der Ausstoß von Klimagasen reduziert und das Mischungsverhältnis nach und nach von CO₂-reichen zu CO₂-freien Energien verändert werden. Seit 1990 hat Deutschland seine CO₂-Emissionen um über 15 Prozent gesenkt. Damit sind wir international führend und haben wesentliche Impulse für den internationalen Klimaschutz geliefert. Jetzt kommt es entscheidend darauf an, mit einem neuen, alle Bereiche der Energiebereitstellung und -nutzung umfassenden Klimaschutzkonzept auf diesem Weg weiter voranzugehen, damit die Kyoto-Ziele und die im Rahmen des EU-burden-sharing eingegangenen Verpflichtungen sicher und effizient erreicht werden können. Die freiwilligen Selbstverpflichtungen der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge sind fortzuschreiben.

Die sogenannte Ökosteuer wird abgelehnt. Sinnvoll wäre eine aufkommensneutrale ausgestaltete Klima-/Energiesteuer nur dann, soweit diese EU-weit eingeführt wird, sich am Ausstoß aller klimarelevanten Gase orientiert und die Wettbewerbsnachteile einzelner Staaten oder Regionen ausschließt. National bereits erbrachte Klimaschutzvorleistungen müssen deshalb steuermindernd berücksichtigt und insbesondere getätigte Investitionen, wie die Erneuerung des Kraftwerksparks in den neuen Bundesländern, geschützt werden.

10. Im Sinne der globalen und europäischen Verantwortung liegt die größte Herausforderung in einer international abgestimmten Klimapolitik. Die CDU setzt sich für die zügige Fortentwicklung und baldige Anwendung flexibler Instrumente zur Erreichung der Kyoto-Ziele ein. Es darf aber keine offene ökologische Flanke entstehen, die keine tatsächlichen CO₂-Minderungen bewirkt. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen im Rahmen der Entwicklungshilfepolitik in den internationalen Klimaschutz eingebunden werden. Die Politik hat jetzt die vordringliche Aufgabe, Regeln für ein europäisches Emission-Trading-Programm mitzugestalten und zügig zu implementieren. Hierzu bedarf es insbesondere eines europäisch-amerikanischen Dialogs.

11. Die rationelle und sparsame Energiegewinnung, -wandlung und -nutzung bleibt der Eckpfeiler einer wirtschaftlich tragfähigen CO₂-Minderungspolitik. Obwohl bereits in der Vergangenheit vor allem im industriellen Bereich, aber auch in der Stromerzeugung, der Heiztechnik und bei Elektrogeräten erhebliche Effizienzverbesserungen erzielt worden sind, existieren auf allen Energieumwandlungsstufen und in allen Verbrauchsbereichen nach wie vor Einsparpotenziale, die mit neuester Technik wirtschaftlich erschlossen werden können.

12. Hinzu kommt, dass im Zuge des Strukturwandels in der nationalen und europäischen Energiewirtschaft Überkapazitäten bei der Stromerzeugung abgebaut und dabei ineffiziente Altanlagen stillgelegt werden können. Zugleich bieten innovative Energieumwandlungsanlagen wie Blockheizkraftwerke und Brennstoffzellen hervorragende Einsatzmöglichkeiten zur bedarfsgerechten dezentralen Energiebereitstellung. Durch die hierbei realisierbaren Energie- und damit CO₂-Einsparungen rechnen sich oftmals höhere Investitionskosten. Die schnelle Erschließung von Einsparpotenzialen bei der Energiegewinnung, -wandlung und -nutzung sowie der Ausbau der dezentralen Energieerzeugung dort, wo es ökonomisch und ökologisch Sinn macht, muss durch einen zielgerichteten Instrumentenmix flankiert werden. Der zukünftige Energiemix wird auch eine neue Struktur zwischen zentralen und dezentralen Einheiten schaffen, wobei dezentrale Einheiten durch Verbundsteuerung auch unterschiedliche Stärken miteinander verbinden. Hierzu gehören flankierende ordnungsrechtliche Maßnahmen, wie eine praktikable Energiesparverordnung, finanzielle Anreize in Form von Steuererleichterungen, verbesserten Abschreibungsbedingungen und zinsverbilligten Darlehen, Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand ebenso wie eine gemeinsame Informationsoffensive von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Deutschland muss sich für eine international abgestimmte Klimapolitik einsetzen

Einsparpotenziale müssen mit neuester Technik wirtschaftlich erschlossen werden

Chancen, die sich durch den notwendigen Strukturwandel ergeben, müssen im Interesse neuer Technologien konsequent genutzt werden

Bestehende Hemmnisse, die einer rationellen Energieverwendung im Wege stehen, müssen abgebaut werden

13. Es bedarf zusätzlicher gemeinsamer Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Wirtschaft und den Verbänden, um über die bisherigen Maßnahmen hinaus weitere Möglichkeiten der rationellen Energieverwendung bei der Wärmeerzeugung und -nutzung zu realisieren. Eine besondere Bedeutung kommt der Überwindung bestehender Hemmnisse zu. Hierzu zählen vor allem Informationsmängel, Motivationsdefizite und finanzwirtschaftliche Restriktionen.

Neben staatlichen Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen und Kennzeichnungspflichten sollten moderne innovative Organisations- und Finanzierungskonzepte, wie Contracting, eingesetzt werden, um Investitionen in effiziente Wärmeerzeugungsanlagen zeitlich vorzuziehen oder überhaupt erst anzustoßen. Durch eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen (Betriebskosten- und Steuerrecht, Förderrichtlinien des Bundes etc.) müssen die Einsatzmöglichkeiten für Contracting verbessert werden.

Insbesondere im Gebäudebereich müssen verstärkt Anreize zur Energieeinsparung geschaffen werden

14. Die größten Einsparpotenziale liegen nach wie vor in der Erzeugung und Nutzung von Wärme, insbesondere in der energetischen Sanierung von Gebäuden. Unter den gegebenen Bedingungen ist die Wirtschaftlichkeit von wärmetechnischen Sanierungen im Gebäudebestand nur dann gegeben, wenn ohnehin eine größere Investition ansteht. Gerade im privaten Wohnungsbau sind Investitionen in größerem Ausmaß nur in entsprechenden zeitlichen Abständen möglich. Eine effiziente Option, kurzfristige Einsparpotenziale zu erschließen, ist die Heizungsmodernisierung. Fast die Hälfte der Anlagen sind bereits älter als 10 Jahre und 30% älter als 18 Jahre. Um das vorhandene Einsparpotenzial im Bestand zu nutzen, sind zusätzliche Anreize erforderlich:

■ **Programm Altbausanierung 2010**

Dabei geht es um ein Paket von steuerlichen Maßnahmen, Zinsverbilligungsprogrammen und direkten Zuschüssen von Wärmeschutzmaßnahmen im Gebäudebereich.

■ **Aus- und Fortbildung in Planung und Bautechnik**

■ **Vornahme flankierender Anpassungen im Mietrecht, damit Energieeinsparinvestitionen sowohl für Vermieter als auch für Mieter finanziell interessanter werden.** Die Regelung muss so geschaffen sein, dass Energieeinsparinvestitionen ohne Probleme umgelegt werden können. Die Umlage darf allerdings nicht höher sein als die zu erwartende Einsparung bei den Energiekosten.

■ **Zügige Verabschiedung der Energieeinsparverordnung.** Dabei ist der Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten. Auch muss bei ihrer Ausgestaltung darauf geachtet werden, dass ihre Bestimmungen den berechtigten Belangen der Allergi-

ker, z.B. nach hygienisch einwandfreier Innenraumluft, Rechnung tragen.

15. Zur Bewältigung des prognostizierten Verkehrswachstums – insbesondere im Bereich des Güterverkehrs – muss die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut und die Leistungsfähigkeit insgesamt gesteigert werden. Wegen der hohen Stand-by-Verluste ist es nicht nur aus verkehrspolitischer, sondern auch aus energiepolitischer Sicht erforderlich, die Effizienzpotenziale konsequent zu nutzen:

- Zur Beseitigung der Ungleichbehandlung von deutschem und ausländischem Straßengüterverkehrsgewerbe sollte als Ersatz für die bisherigen steuerlichen Belastungen der deutschen LKWs eine belastungsneutrale streckenbezogene Straßenbenutzungsgebühr eingeführt werden. Die Einnahmen aus dieser Gebühr sind in vollem Umfang zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zu verwenden.

- Mittelfristig gilt es, Wirtschafts- und Verkehrswachstum zu entkoppeln. Die Neuordnung von Besiedlungsstrukturen sowie eine verkehrsgerechtere bzw. Verkehr vermeidende Organisation von Arbeitsstandorten, -abläufen etc. können hierbei bereits einen wichtigen Beitrag leisten.

- Das Potenzial der Schiene muss insbesondere für den Güterverkehr erschlossen werden. Hierzu muss die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Bahnen auf nationaler und europäischer Ebene gestärkt werden.

- Zur Optimierung der Verkehrsströme ist das Potenzial der Telematiksysteme konsequent zu nutzen.

- Insbesondere in den Ballungsräumen besitzt ein attraktiver und leistungsfähiger ÖPNV hohen Anteil an der Effizienz des gesamten Verkehrssystems. Erhebliche Potenziale liegen in diesem Bereich in der komfortablen Verknüpfung des ÖPNV mit dem Individualverkehr und einem verstärkten Wettbewerb im ÖPNV.

- Es führt kein Weg daran vorbei, die bestehenden und die z.B. mit der weiteren europäischen Integration zu erwartenden zusätzlichen Engpässe im Straßen- und Autobahnnetz durch geeignete Neu- und Ausbauprojekte zu beseitigen.

16. Zukünftige Energieversorgungsrisiken, die Klimaproblematik und die Notwendigkeit, Wirtschaftswachstum und Mobilität nachhaltig zu sichern, erfordern schrittweise die Einführung kohlenstoffarmer bzw. -freier Kraftstoffe. Um die Herausforderungen für den Verkehrsbereich bewältigen zu können, müssen die technischen und verkehrsorganisatorischen Energie-Einsparpotenziale konsequent genutzt werden. Im Bereich der Fahrzeugtechnik sind mit den freiwilligen Selbstverpflichtungen der Automobilindustrie auf nationaler und europäischer Ebene bis

Die Verkehrsinfrastruktur muss ausgebaut und die Leistungsfähigkeit gesteigert werden

Im Verkehrsbereich sind noch vielfältige technische und organisatorische Einsparpotenziale vorhanden

2008/2012 bereits wichtige Ziele und Maßnahmen definiert worden. Im Bereich der Bahn sind erhebliche Energieeinsparpotenziale im Zuge der laufenden Modernisierung zu erwarten.

Kurzfristig: die von der europäischen Automobilindustrie angebotene Senkung der CO₂-Emissionen auf 140 g CO₂/Km und die des Durchschnittsverbrauchs auf weniger als 6 l/100 km muss eingehalten werden. Eine Fortschreibung der Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie zur Reduzierung der CO₂-Emissionen auf 120 g CO₂/Km ist anzustreben.

Mittelfristig: Einsatz weitestgehend schwefelfreier Kraftstoffe, um mit Hilfe von Einspritzmotoren eine Senkung des Kraftstoffverbrauchs zu erreichen. Darüber hinaus kommt auch der Einsatz von gasbetriebenen Fahrzeugen in Betracht.

Langfristig: Alle Fahrzeuge sollen eine CO₂-freie Antriebsart besitzen (Wasserstoff, Brennstoffzelle): Im Jahr 2020 soll dies für 30 % der Neufahrzeuge gelten.

Die Kohle als heimischer Energieträger

17. Die Braunkohle ist ein wichtiger heimischer Primärenergieträger, der in nennenswertem Umfang kostengünstig und subventionsfrei zur Verfügung steht. Durch die Nutzung der Braunkohle werden etwa 70.000 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert.

Für die Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern bleibt die Braunkohle ein wichtiger Standortfaktor. Aber auch im Rheinischen Revier ist der Braunkohlenbergbau von Bedeutung. Für eine weiterhin selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in der Braunkohlenindustrie sind konsistente und kalkulierbare Rahmenbedingungen erforderlich, die im internationalen Kontext zu gestalten sind.

Die Steinkohle hat einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland geleistet. Die CDU steht zum Steinkohlekompromiss von 1997 und befürwortet die Durchsetzung von Kohlebeihilferegelungen innerhalb der EU, die eine Fortführung von Kohlesubventionen auch nach Auslaufen des EGKS-Vertrages im Jahre 2002 ermöglichen. Zugleich müssen aber auch im Sinne der betroffenen Unternehmen und ihrer Arbeitskräfte möglichst bald Eckpunkte für eine Anschlussregelung nach 2005 festgelegt werden, um die Chancen des Strukturwandels für Menschen und Region zu nutzen. Hierbei gilt folgendes:

- Bei weiter sinkender Höhe der Subventionen sollten die frei werdenden Mittel für eine sozialverträgliche Anpassung im Sinne neuer sicherer Arbeitsplätze eingesetzt werden, die so schnell wie möglich geschaffen werden müssen.
- Ein Teil der Mittel könnte auch für die Förderung zukunftsorientierter CO₂-freier Energieumwandlung eingesetzt werden, aber auch zur Förderung der energetischen Nutzung des Grubengases.

■ Für die weitere Nutzung der Kohle ist im Sinne der Klimapolitik die Effizienz der Kraftwerke weiter zu entwickeln.

Der anstehende Strukturwandel im Braun- und Steinkohlebergbau in Ost- und Westdeutschland muss in vergleichbarer Weise wirtschafts- und sozialpolitisch flankiert werden.

18. Die weitere Nutzung der Kernenergie ist insbesondere aus klimapolitischen, aber auch aus sicherheits- und grundlegenden wirtschaftspolitischen Gründen erforderlich:

Ohne den Beitrag der klimaneutralen Kernenergie würden nicht nur die bisherigen Erfolge im Klimaschutz vollständig konkariert, sondern zugleich unsere internationalen Reduktionsverpflichtungen zunehmend unerreichbar. Deutschland würde sich von seiner internationalen Vorreiterrolle im Klimaschutz verabschieden und entzöge sich seiner globalen Verantwortung in dieser Frage. Wir brauchen das hohe sicherheitstechnische Know-how Deutschlands für die im Zuge der EU-Osterweiterung anstehende Nachrüstung der dortigen Kernenergieanlagen. Ein Ende der Kernenergie in Deutschland bedeutete aber, dass wir den Einfluss auf die Sicherheitsstandards in diesen Staaten mehr und mehr verlieren.

Deutschland ist ein Industrieland, das seinen Wohlstand zuvorderst aus einem dynamischen Vorsprung bei Wissen, Innovation und Technologien bezieht. Das Verbot einer ganzen Spitzentechnologie wie der Kernenergie ist hier ein verheerendes Signal mit noch nicht absehbaren Folgen für den Standort. Der Ausstieg führt darüber hinaus zu überhöhten finanziellen Aufwendungen, wenn die Forderung nach einem klimaneutralen Ausstieg erfüllt werden müsste. Der Ausstieg verlagert bei Einhaltung der Klimaziele die Kosten in erheblichem Maße auf die Verbraucher.

19. Auch von Ausstiegsbefürwortern ist unbestritten, dass das eigentliche Gefahrenpotential kerntechnischer Anlagen nicht in Deutschland, sondern vor allem in den mittel- und osteuropäischen Staaten liegt. Nicht zuletzt in unserem eigenen Sicherheitsinteresse sollten daher alle Möglichkeiten genutzt werden, ältere Reaktoren russischer Bauart schnellstmöglich, weitgehend nach unseren Sicherheitsstandards aufzurüsten. Die deutschen Hersteller kerntechnischer Sicherheitstechnik erhalten hierdurch zugleich ein erfolversprechendes Betätigungsfeld. Umso verständlicher ist, dass die Bundesregierung die noch verbliebenen Rudimente an Herstellerbetrieben ins Ausland treibt und kerntechnische Forschungseinrichtungen sowie Lehrstühle zur Nachwuchsschulung nach und nach verschwinden.

An der Option Kernenergie muss insbesondere aus Gründen des Klimaschutzes und der Versorgungssicherheit festgehalten werden

Spitzentechnologien dürfen zur Sicherung des Standortes Deutschland nicht grundlos preisgegeben werden

Das Know-how deutscher Ingenieure muss im Interesse der Sicherheit international genutzt werden

**Endlagerprojekte
müssen konsequent
vorangetrieben
werden**

**Für die KWK ist
eine finanzielle
Übergangsregelung
nur dann effektiv,
wenn diese an
wirtschaftliche und
ökologische Voraus-
setzungen anknüpft**

**Ein deutliches CO₂-
Minderungspotenzial
muss die Grundlage
für den weiteren
Ausbau von
KWK-Anlagen sein**

**Der Anteil der Er-
neuerbaren Energien
am Primärenergie-
verbrauch wird unter
Erhöhung der Wett-
bewerbsfähigkeit
weiter ausgebaut**

20. Zum geordneten Betrieb von Kernkraftwerken gehört der Nachweis einer ordentlichen Entsorgung von radioaktiven Abfallstoffen zwingend dazu. Um nicht die Problematik der Entsorgung radioaktiver Abfälle nachfolgenden Generationen aufzubürden, dürfen Entscheidungen über Entsorgungsfragen nicht in die Zukunft verschoben werden. Vielmehr müssen Entsorgungsprojekte bereits jetzt konsequent vorangetrieben werden.

21. Bei günstigen Abnahme- und Lastbedingungen kann die gekoppelte Produktion von Strom und Wärme (KWK) einen wirtschaftlich tragfähigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sowohl im industriellen Bereich als auch im Zuge der Modernisierung der Fernwärmeversorgung wurden erhebliche KWK-Kapazitäten geschaffen, die angesichts der spürbaren Strompreisreduzierungen aktuell nicht wirtschaftlich betrieben werden können. Um die zum Großteil neuwertigen Anlagen am Leben zu erhalten, ist es notwendig, eine zeitlich und volumenmäßig begrenzte Übergangshilfe zu gewähren. Das geltende KWK-Gesetz kann den Erfordernissen nicht gerecht werden. Unpräzise Formulierungen führen zu Auslegungsschwierigkeiten, so dass Mitläufereffekten und der Förderung von ökologisch kontraproduktiven Altanlagen Tür und Tor geöffnet ist.

22. Der weitere Ausbau von KWK-Kapazitäten ist zu befürworten, wenn hierdurch wirtschaftliche CO₂-Minderungspotenziale erschlossen werden. KWK-Anlagen können jedoch keine Grundlastkraftwerke ersetzen. Bei einer staatlichen Förderung der KWK müssen die ökologische und ökonomische Effizienz zum ersten Förderkriterium werden. Die erforderlichen Mittel müssen aus dem Haushalt aufgebracht werden. Alternativ: Quote, Zertifikat, Fonds-Lösung. Die KWK sollte im Rahmen der ökonomisch sinnvoll nutzbaren Potenziale ausgebaut werden. Eine zu starke Förderung und eine Zementierung dieser Strom- und Wärmeerzeugung bedeutet einen gravierenden Eingriff, der Strukturen erheblich verfestigt und den Wandel, etwa zur dezentralen Anwendung der Brennstoffzelle in der Nähe der Kunden, massiv behindert.

23. Die Bedeutung der Erneuerbaren Energien für eine zukunftsfähige Struktur der Energiebereitstellung wird wachsen. Der weitere Ausbau des Anteils der Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch kann zurzeit nur mit einer ausreichenden Förderung erreicht werden. Ziel einer Politik für einen wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien ist aber auch die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Das bestehende System wird nicht auf Dauer die finanzielle Absicherung eines ständig wachsenden Anteils übernehmen können. Im Rahmen des Abbaus von Überkapazitäten schrumpft im Übrigen die notwendige konventionelle

Reserveleistung der diskontinuierlichen Stromerzeuger. Staatliche Förderpolitik muss degressiv gestaltet werden, um Überförderungen zu vermeiden und um Wettbewerbsfähigkeit zum Ziel zu haben. Deshalb muss Wettbewerbsausschreibungen der Vorzug gegeben werden gegenüber der einseitigen Festlegung auf eine bestimmte Technologie.

- Für die Bundesrepublik Deutschland soll eine bestimmte Summe festgelegt werden, die für Erneuerbare Energien zur Verfügung steht. Diese Summe wird aufgeteilt auf die einzelnen Energieträger.
- In Bieterwettbewerben sollen solche Projekte geprüft und ausgewählt werden, die den jeweils geringsten Zuschuss für die Durchführung ihrer Investitionen verlangen.
- Bei beschränkt vorhandenem Mitteleinsatz gewährleistet dieses Modell eine hohe technische Effizienz, schafft mittelfristig wertintensive neue Arbeitsplätze und genügt den Forderungen der EU-Kommission nach Transparenz.
- Im Ergebnis werden auf diese Weise weit mehr Erneuerbare Energien gefördert als beim bisherigen, undifferenzierten „Gieskannen-Prinzip“ der jetzigen Bundesregierung.

24. Die Rolle der Erneuerbaren Energien wird zu einseitig auf die Stromerzeugung konzentriert. Eine breitere Anwendung muss auch im Wärme- und Verkehrsbereich erzielt werden. Neben den Erneuerbaren Energien gibt es aber auch andere Technologien, wie z.B. die Brennstoffzelle, deren zukünftige Verwendung nicht nur von ökonomischen Vorteilen bestimmt wird, sondern auch die Chance einer gesicherten dezentralen Energiebereitstellung sowohl für Strom als auch für Wärme und Mobilität bietet. Förderpolitik muss auch den fairen Wettbewerb zwischen den Technologien sichern. Die Entwicklung, Förderung und Markteinführung von z.B. Wind-, Solar-, Biomasse- und anderen Technologien darf nicht nur von der nationalen Anwendung betrachtet werden. Die Zukunft liegt hier eher in einem wachsenden Weltmarkt, also im Export, für den eine zukunftsweisende Perspektive aufgezeigt werden muss. Strom, der aus Erneuerbaren Energien produziert wird, sollte europaweit gehandelt werden können.

25. Die Vision der globalen Solarwirtschaft und damit die Perspektiven einer Ablösung heute bestehender und zukünftiger Energiesysteme auf der Basis fossiler Energieträger ist voranzutreiben. Nach der Einschätzung vieler Fachleute wird die Zukunft der Solarwirtschaft von folgenden Faktoren bestimmt werden:

- Die großtechnische Nutzung zur Erreichung eines nennenswerten Anteils am globalen Energiebedarf wird nur in Kooperation z.B. mit den Anrainerländern des Mittelmeeres zu erreichen sein.

**Erneuerbare
Energien müssen
auch im Wärme- und
Verkehrsbereich
eine breite Anwen-
dung finden**

**Die Vision der Solar-
wirtschaft muss im
internationalen Rah-
men in realistischer
und sinnvoller Weise
umgesetzt werden**

- Die Nutzung und Praxiserprobung im eigenen Land ist die Basis für die Weiterentwicklung der Solarwasserstoffwirtschaft. Gleichwohl wird auf Dauer der Export dieser Technologie bedeutender sein als die Nutzung im eigenen Land. Wissen, aber vor allem Kapital werden die Industrienationen, aber auch die Erdöl produzierenden Länder zur Verfügung stellen müssen.
- Nicht nur Gas, Öl und Kohle machen uns importabhängiger.
- Energiepolitik braucht die verlässliche internationale Zusammenarbeit. Sie ist ein wachsender Faktor in der Entwicklungs-, in der Außen- und Sicherheitspolitik.
- Hier könnte auch ein Beitrag für demokratische und ökonomische Stabilität geleistet werden.
- Ein solcher Wandel braucht aber vor allem Zeit und Kontinuität.

Damit werden nicht nur Chancen für Innovationen und Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen, sondern wird auch ein Beitrag zur internationalen Entwicklungspolitik im Sinne ökonomischer und politischer Stabilität geleistet.